

# ROTE ANNELIESE

**Leukerbad:** Strassenbau  
wirft viele Fragen auf › 3

**Tourismusgesetz:**  
Keine Katze im Sack! › 10

**Zahlungsfrist:** Kanton  
lässt sich 10 Jahre Zeit › 16

## **Lauchernalp-Bahnen:** Strafverfahren gegen acht Verwaltungsräte



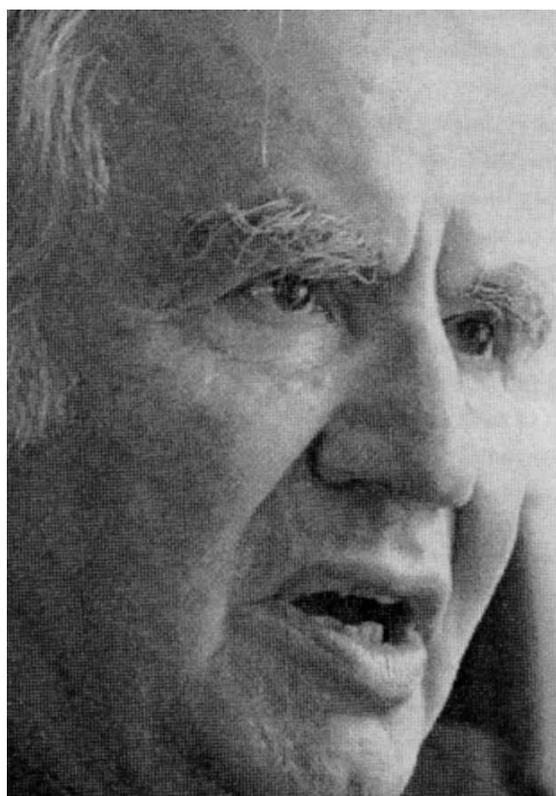
SEITE › 4

## **Hochspannungsleitung:** Walliser Staatsrat ohne Konzept und Strategie

SEITE › 6

## **Die Dorfläden sterben:** Kanton und Gemeinden missachten Richtplan

SEITE › 8



**Robert Jungk:**  
Die Stimme  
der Hoffnung

SEITE › 12

## DICKE EIER:

### Handelskammer: Schon wieder Kantonsgelder!

Die Walliser Industrie- und Handelskammer (WIHK) mauserte sich unter dem ehemaligen Direktor Thomas Gsponer zum Empfänger von Kantonssubventionen. Gleichzeitig wehrten sich die Neoliberalen gegen den Ausbau des Sozialstaates und verbreiteten das ewige Credo der Steuersenkungen für die Reichen. Auch Gsponers Nachfolger Vincent Riesen setzt weiterhin auf Kantonsaufträge und Kantonssubventionen statt dem eigenen, neoliberalen Glaubensbekenntnis nachzuleben. Im Oktober wurde die Studie *«Fakten und Zahlen zur Walliser Wirtschaftsstruktur»* veröffentlicht. Als Redaktor der 160-seitigen Studie trat WIHK-Direktor Riesen in Erscheinung. Und man kann dreimal raten, wer die Studie mitfinanziert hat: Der Kanton Wallis! Genauer gesagt das Departement für Volkswirtschaft, Energie und Raumentwicklung, dem Staatsrat Jean-Michel Cina vorsteht, welcher zusammen mit Riesen und dem WKB-Direktor Pascal Perruchoud die Studie den Medien vorstellte.

Gleich zu Beginn der Studie wird klar, dass es sich hier um eine reine Fleissarbeit handelt. In der Studie wird bloss das statistische Material aus allen Himmelsrichtungen zusammengetragen. Bewertungen, Folgerungen, Massnahmen und Lösungen sucht man darin vergeblich. Laut Riesen war dies auch nicht der Auftrag und er entschuldigt sich gleich im Vorwort: *«Mit Interpretationen und Lösungsvorschlägen haben wir uns hingegen zurückgehalten.»* Es ging also um einen subventionierten Auftrag für die Handelskammer. Im Jargon der Handelskammer würde das *«Beschäftigungspolitik»* oder *«Geschützte Werkstatt»* heissen.

### Dr. iur. Oliver Schnyder: Beteiligungsfirma liquidiert

Oliver Schnyder ist Angestellter des Berner Anwaltsbüros *«Hodler&Emmenegger»*. Zudem ist Schnyder seit 2003 Sekretär des Verbandes Walliser Gemeinden, welcher sein Büro an der Bahnhofstrasse 10 in Brig hat. An eben dieser Adresse hatte auch die *«DIG Beteiligungsgesellschaft»* ihren Sitz, nämlich bei Dr. iur. Odilo Guntern. Präsident des Verwaltungsrates dieser Firma, welche im Jahr 2006 gegründet wurde, war Oliver Schnyder und assistiert wurde er von einem weiteren Gelben, nämlich von Albert Bass. Um es kurz zu machen: Die Firma hat nicht überlebt. Das Aktienkapital von 100 000 Franken hat ein deutscher Investor eingebracht. Doch laut Bass ist die Firma *«nie operativ tätig geworden»*. Das Aktienkapital floss in Beratungsaufträge. Schliesslich drehte der Investor den Geldhahn zu. Vor einem Jahr wurden die Namen von Schnyder und Bass sowie die Firmen-Adresse im Handelsregister gelöscht. Am

9. Oktober hat nun der Bezirksrichter des Bezirkes Brig das ufer- und führerlose Schiff endgültig versenkt, das heisst die Gesellschaft aufgelöst und die konkursamtliche Liquidation angeordnet.

### C-Vertreter in Bern: Neues von der Ersatzbank

Die Walliser C-Vertreter haben es seit der Wahl vor zwei Jahren in Bern gemächlich eingerichtet. Die beiden Ständeräte René Imoberdorf und Jean-René Fournier haben eine Vorstoss-Rate von eins pro Jahr. Damit sind sie in der zehnjährigen Rangliste noch vor dem Alt-Ständerat Rolf Escher platziert, der zwei Jahre brauchte, um einen einzigen Vorstoss zu wagen, welcher überdies zum Rohrkrepiere wurde.

CSP-Nationalrat Roberto Schmidt versuchte sich im vergangenen Frühjahr als Lobbyist der Luftfahrt, indem er sich gegen eine Abgabe von 18 Millionen stellte, welche die Luftfahrtunternehmen an die Kosten der Aufsicht durch das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) zahlen sollten.

In einem weiteren Vorstoss, den auch die Walliser CVP-NationalrätInnen Maurice Chevrier, Amherd Viola, Christoph Darbellay und Roberto Schmidt unterschrieben haben, profiliert sich die CVP/CSP einmal mehr als Gesinnungspartei. Vom Bundesrat fordern sie, dass er die AKW-Eigentümer beim Bau neuer Atomkraftwerke dazu verpflichtet, *«gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag zur Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien zu leisten.»* Damit öffnet die CVP indirekt die Türe für den Bau neuer Atomkraftwerke. Wer aber weitere Atomkraftwerke bauen will, der verhindert eine wirksame Förderung der Stromeffizienz und der erneuerbaren Energien. Dies entspricht der heutigen Energiepolitik.

### Stellenabbau bei der Lonza: Kommen jetzt die Stromsubventionen?

Die Lonza will 450 Stellen streichen. Das Jahresgehalt von CEO Stefan Borgas in der Höhe von 3,7 Millionen Franken scheint aber ungefährdet. Und hinter den Kulissen wird bereits über die Subventionierung des Lonzastroms durch den Kanton Wallis diskutiert, wie aus gut informierten Quellen zu entnehmen ist. Bekanntlich hat die Lonza ihre Kraftwerke an die deutsch-französische EnAlpin AG verkauft und dafür rund 450 Millionen Franken einkassiert. Wenn die Lonza dieses Geld gut angelegt hat, so sollte sie heute ohne weiteres in der Lage sein, den Strompreis allein mit dessen Zinsen auf ein international konkurrenzfähiges Niveau zu drücken.

## INHALT

**Leukerbad:**  
Strassenbau mit  
Fragezeichen  
SEITE > 3

**Lauchernalp:**  
Strafverfahren gegen  
Verwaltungsräte  
SEITE > 4

**Hochspannung:**  
Staatsrat ohne  
Grundlagen  
SEITE > 6

**Ladensterben:**  
Versorgung  
in Gefahr  
SEITE > 8

**Tourismusgesetz:**  
Keine Katze  
im Sack!  
SEITE > 10

**Wussten Sie schon?**  
Wissenswertes  
aus Stadt und Land  
SEITE > 11

**Buchbesprechung:**  
Die unsichtbaren  
Stimmen  
SEITE > 11

**Robert Jungk:**  
Die Stimme  
der Hoffnung  
SEITE > 12

**Agenda:**  
Wohin man/frau  
geht ...  
SEITE > 14

**Kanton Wallis:**  
Zahlungsfrist von  
zehn Jahren  
SEITE > 16



**Das Trottoir der «Oberen Maressenstrasse» im Bau:**  
Die Bodeneigentümer des Hauses «Cristal» wussten von nichts.



**Der Rückbau des Trottoirs der «Oberen Maressenstrasse»:**  
Wer trägt die Verantwortung und wer trägt die Kosten?

Ausbau der *«Oberen Maressenstrasse»* in Leukerbad – Kantonales Bau-departement weiss von nichts

# Eine interne Untersuchung soll Klarheit schaffen

**LEUKERBAD – Die Gemeinderatswahlen im letzten Dezember brachten einen Machtwechsel in Leukerbad: Die langjährige CVP-Dominanz wurde gebrochen. Gemeindepräsident Jean-Roland Roten musste den Sessel für seinen grössten Widersacher Raoul Loretan vom «Demokratischen Leukerbad» räumen. Kein leichtes Erbe, wie die Unstimmigkeiten beim Bau der Oberen Maressenstrasse zeigen. Eine interne Untersuchung soll nun Klarheit schaffen.**

VON KURT MARTI

Im letzten Frühjahr staunten die Eigentümer des Hauses «Cristal» in Leukerbad nicht schlecht, als die Baufirma Schnyder AG mit schweren Baumaschinen auffuhr und auf ihrem Grundstück ein grosszügiges Trottoir samt Regen- und Abwasserleitung baute, ohne dass die Boden- und Leitungsrechte geregelt waren. Per Gerichtsbeschluss wurde ein Baustopp erwirkt und schliesslich unterschrieb die Gemeinde eine Vereinbarung zum Rückbau des Trottoirs in den ursprünglichen Zustand (*siehe Fotos*). Inzwischen wurde das Trottoir wieder entfernt und die Böschung begrünt. Doch auf

die Teerung des zwei Meter breiten Streifens auf dem Parkplatz «Cristal» warteten die Hauseigentümer Anfang November noch vergeblich, obwohl die Vereinbarung mit der Gemeinde die Fertigstellung auf Mitte September festlegte. Und auch politisch ist die Sache nicht ausgestanden, denn weder die Verantwortlichkeit noch die Finanzierung ist geklärt. Die Rede ist von Bau- und Rückbaukosten in der Höhe von rund 80 000 bis 100 000 Franken.

**Christian Grichting:**  
*«Bis Ende 2008 war alles in Ordnung»*  
Auf Anfrage wollte Gemeindepresident Raoul Loretan keine Stellung zum brisanten

Dossier nehmen, weil dazu *«eine interne Untersuchung»* laufe. Gemeinderat Christian Grichting, welcher bis Ende letztes Jahr das Baurecht leitete, erklärte auf die Frage, wieso denn das Trottoir zurückgebaut wurde: *«Das ist doch Arbeitsbeschaffung!»* Die ironische Bemerkung hat einen wahren Kern, denn Grichting ist auch Mitarbeiter der Baufirma Schnyder AG, welche für die Bau- und Rückbauarbeiten zuständig war. Zudem führt die Obere Maressenstrasse unter anderem zur Residenz «Iris» der Schnyder Immobilien AG. Auf die mehrmalige Frage, ob denn für die Strasse und das Trottoir die notwendige Baubewilligung vorliege und die öffentliche Ausschreibung vorgenommen wurde, antwortete Grichting: *«Bis Ende 2008 war alles in Ordnung. Mehr sage ich nicht.»*

**Beim Kanton ging kein Projekt «Obere Maressenstrasse» ein**  
Laut kantonalem Strassengesetz ist für den Neubau und den Ausbau einer kommunalen Strasse inklusive Trottoir eine Bewilligung durch den

### Diese Fragen muss die interne Untersuchung beantworten:

- Wurde die Strasse und das Trottoir «Obere Maressenstrasse» während 30 Tagen öffentlich aufgelegt und im Amtsblatt publiziert?
- Wieso wurde das Baudossier nicht dem Kanton zur Begutachtung und Bewilligung vorgelegt?
- Wurde das Projekt öffentlich ausgeschrieben?
- Weshalb wurden die Boden- und Leitungsrechte nicht vorgängig geregelt?
- Wer hat den Bauauftrag an die Baufirma Schnyder AG erteilt?
- Wer bezahlt die Kosten des Verfahrens und des Rückbaus?
- Gibt es weitere Projekte, welche ohne Bewilligung des Kantons ausgeführt wurden?
- Wurden die Projekte korrekt budgetiert?
- Welche rechtlichen Schritte leitet die Gemeinde ein?

Staatsrat erforderlich. Zunächst muss die Gemeinde das Projekt 30 Tage öffentlich auflegen und im Amtsblatt bekannt geben. Dann überweist die Gemeinde das Dossier mit den Einsprachen an das Baudepartement. Dort wird das Projekt durch die Juristen des Verwaltungs- und Rechtsdienstes geprüft und dem Staatsrat zur Entscheidung vorgelegt. Weil es sich beim

Projekt «Obere Maressenstrasse» um den Ausbau einer bestehenden Strasse und den Neubau eines Trottoirs handelt, ist eine Bewilligung durch den Kanton zwingend. Doch laut Auskunft des Verwaltungs- und Rechtsdienstes im Baudepartement ist in Sitten kein Projekt «Obere Maressenstrasse» eingegangen und folglich gibt es auch keine Bewilligung des Kantons.

## IMPRESSUM

**ROTE ANNELIESE**  
Jugendabo: Fr. 25.–  
Jahresabo: Fr. 50.–  
Unterstützungsabo: 80.–  
PC 19-8382-6

**MITARBEITERINNEN  
DIESER NUMMER**  
Hilar Eggel  
Susanne Hugo-Lötscher  
Marie-Theres Kämpfen

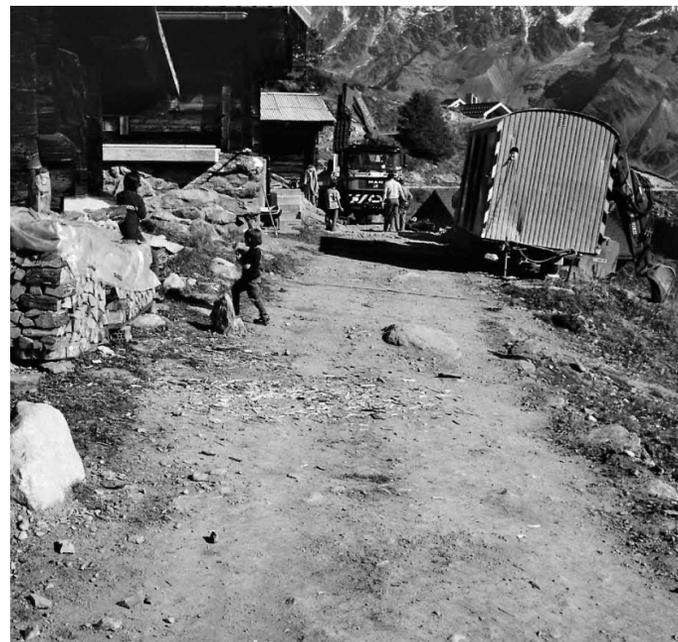
**HERAUSGEBER**  
Verein Rote Anneliese  
Postfach 441  
3900 Brig-Glis  
Tel. 027 923 63 89  
rote.anneliese@rhone.ch

**SATZ UND DRUCK**  
s+z Gut zum Druck  
3902 Brig-Glis

**REDAKTOR**  
Kurt Marti (ktm)



**Der ursprüngliche Zustand des Weges im Jahr 1982:** Schmal, uneben, hervorstehende Felsblöcke, nicht befahrbar mit normalen Fahrzeugen



**Die Baustrasse kurz nach dem angeblichen Rückbau im Oktober 2004:** Doppelt so breit, kaum Hindernisse, mit Personenwagen bestens befahrbar



**Die Alphütte der Familie Guldenfels:** Die illegale Baustrasse führt seit 1986 über das Grundstück auf der Südseite der Hütte (schwarze Linie).

## Luftseilbahn Wiler-Lauchernalp AG (LWL AG): Vorwurf der Nötigung im Zusammenhang mit einer illegalen Baustrasse

# Strafuntersuchung gegen acht LWL-Verwaltungsräte

**LAUCHERNALP – Vor bald einem Jahr reichte ein Hüttenbesitzer auf der Lauchernalp eine Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Luftseilbahn Wiler-Lauchernalp AG (LWL AG) wegen Nötigung ein. Aufgrund der polizeilichen Ermittlungen hat nun das Untersuchungsrichteramt Oberwallis von Amtes wegen eine Strafuntersuchung gegen alle acht LWL-Verwaltungsräte eröffnet. Der jahrzehntelange Rechtsstreit um eine illegale Baustrasse geht damit in eine weitere Runde. Die RA (Nr. 204) berichtete bereits im September 2008 darüber.**

VON KURT MARTI

Nachdem Rolf Guldenfels seit 1971 regelmässig auf die Lauchernalp gegangen war, kaufte er im Jahre 1982 auf der Alp im Stafel eine Hütte (siehe Foto), welche er sanft renovierte. Jahrzehntlang waren Rolf Guldenfels und später seine Familie treue Kunden der Bahnen auf der Lauchernalp. Als die LWL AG im Jahre 1986 die Sesselbahn Lauchernalp-Gandegg baute, stellte Guldenfels sein Grundstück grosszügig für eine Baustrasse zur Verfügung, nachdem ihm die Wiederherstellung des ur-

sprünglichen Zustandes nach Beendigung der Bauarbeiten schriftlich zugesichert worden war. Obschon der versprochene Rückbau trotz mehrfacher Appelle nicht erfolgt war, stellte Guldenfels sein Grundstück für den Materialtransport beim Bau der neuen Umlauf-Kabinenbahn Gandegg-Hockenhorngrat im Jahre 2003 nochmals zur Verfügung, unter der Bedingung, dass die Baustrasse nach Abschluss der Bauarbeiten zurückgebaut wird (siehe Chronologie). Doch trotz einer mit der LWL AG ausgehandelten detaillierten, schriftlichen Ver-

einbarung führt die illegale Baustrasse noch heute über das Grundstück der Familie Guldenfels und die Bahnangestellten benützen die Strasse mit den LWL-Fahrzeugen, als ob es nie ein Recht auf Eigentum gegeben hätte. In über 20 Jahren sind der Kanton Wallis, die Gemeinde Wiler und die LWL AG nicht im Stande beziehungsweise nicht gewillt gewesen, das geltende Recht durchzusetzen und die Eigentumsrechte der Familie Guldenfels zu garantieren!

**Bundesamt für Verkehr pfeift LWL AG zurück**

Nach Abschluss der Bauarbeiten an der Gandegg-Hockenhorngrat-Bahn versuchte sich die LWL AG «aus der Verantwortung zu schleichen», wie Guldenfels und sein Anwalt Peter Volken festhalten. Als Guldenfels auf den Rückbau der Baustrasse gemäss Vereinbarung pochte, zogen die LWL-Verantwortlichen alle Register. Um die Familie Guldenfels in die Knie zu zwingen, verfügte der LWL-Verwaltungsrat im August 2005 einstimmig einen Transportboykott gegen die Familie

Guldenfels mit ihren damals 7- und 10-jährigen Kindern. Anfangs 2007 hob das Bundesamt für Verkehr (BAV) die rechtswidrige Transportverweigerung auf und verpflichtete die LWL AG, die Familie Guldenfels umgehend wieder zu transportieren. Trotz dieser Rüge aus Bern boten die LWL-Verantwortlichen laut Anwalt Volken «weiterhin nicht Hand für eine einvernehmliche Umsetzung der Vereinbarung». Aber auch die Gemeinde Wiler und der Kanton Wallis blieben tatenlos, obwohl sie gemäss Baugesetz verpflichtet wären, solche Gesetzesverstösse zu sanktionieren und die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes unter Androhung einer hohen Busse zu verlangen. Stattdessen schrieb die Gemeinde Wiler eine Erschliessungsstrasse aus, welche die illegale Baustrasse ersetzen sollte. Kein Wunder, denn der damalige Gemeindepräsident von Wiler war der heutige CVP-Grossrat Beat Rieder, welcher gleichzeitig LWL-Verwaltungsrat und LWL-Anwalt war und noch heute ist.

**Kriminalpolizei ermittelt wegen Nötigung**

Schliesslich war Guldenfels gezwungen, seine Rechte auf dem gerichtlichen Weg durchzusetzen. Zunächst verlangte er mit einer Zivilklage den Rückbau der Baustrasse und einen angemessenen Schadenersatz. Zudem reichte er im Dezember 2008 eine Strafklage wegen Nötigung gegen die LWL-Verwaltungsräte ein. Laut Strafgesetzbuch Art. 181 wird mit Gefängnis oder Busse bestraft, wer jemanden durch Beschränkung seiner Handlungsfreiheit nötigt, etwas zu tun, zu unterlassen oder zu dulden. Mit der Transportverweigerung wurde laut Anwalt Volken die Handlungsfreiheit der Familie Guldenfels massiv eingeschränkt, weil sie während 19 Monaten von ihrer Hütte abgeschnitten war und deshalb unter anderem ihre Skiferien andernorts machen musste, mit allen finanziellen Konsequenzen.

Laut Volken war «der Druck seitens der LWL AG enorm» und das Ziel eindeutig: «Die Familie sollte soweit zermürbt werden, bis sie die Alp oder das Tal verlässt oder zumin-

dest nicht mehr auf der vereinbarten Rückbauverpflichtung beharrt.» Wenige Tage nach erfolgter Strafanzeige sah Staatsanwalt Ferdinand Schaller die Voraussetzungen für die Durchführung eines Strafverfahrens erfüllt. Darauf beauftragte Untersuchungsrichter Marzel Ritz die Kriminalpolizei mit den polizeilichen Ermittlungen gegen alle acht LWL-Verwaltungsräte, unter ihnen auch der damalige LWL-Präsident und heutige LWL-Vizepräsident Franz Meier sowie Beat Rieder.

**Rieder und Meier drehen den Spieß einfach um**

Meier gab in der Einvernahme durch die Kriminalpolizei zu Protokoll, er sei heute noch der Meinung, die Transportverweigerung sei rechtens. Obwohl das Bundesamt für Verkehr (BAV) eindeutig die Rechtswidrigkeit der Transportverweigerung feststellte, ist laut Meier und Rieder der Tatbestand der Nötigung nicht erfüllt. Es sei vielmehr umgekehrt: Guldenfels habe mit seinem Verhalten über Jahre hinweg die LWL AG ge-

nötigt. LWL-Anwalt Rieder bezeichnet die Hinterlegung der Strafanzeige während des laufenden Zivilprozesses gegenüber der LWL AG als «zusätzliche Druckversuch im Zivilprozess», weshalb der LWL-Verwaltungsrat ebenfalls eine Strafklage erwäge. Eine geradezu absurde Haltung! Guldenfels war mit illegalen Mitteln (Transportboykott) unter Druck gesetzt worden, auf etwas zu verzichten (Rückbau der Baustrasse und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes), was ihm rechtlich zusteht und was ihm per Vereinbarung von der LWL AG auch zugesichert worden war.

Wenn nun Guldenfels den Rechtsweg beschreitet, wurde er durch das Verhalten der LWL AG dazu gezwungen. Auch die weitere Argumentation von Meier und Rieder ist widersprüchlich: Zum einen behaupten sie, dass der ursprüngliche Zustand vor 1986 wiederhergestellt worden sei und zum andern sagen sie, dass dies gar nicht möglich gewesen sei. Damit bestätigen sie indirekt, dass sie die Vereinbarung de facto nicht

eingehalten haben. Geradezu zynisch wirkt aus heutiger Sicht die damalige Argumentation Rieders gegenüber Anwalt Volken zu einem strittigen Punkt im Rahmen der Vereinbarungsverhandlungen im Jahr 2002: «Es bestünde, falls es zu einer Einigung kommt, ein rechtsgültiger Vertrag, welchen Ihr Mandant, falls notwendig, auch über den Gerichtsweg durchsetzen kann. Die LWL AG ist ein verlässlicher Vertragspartner und wird ihren Verpflichtungen nachkommen».

**Untersuchungsrichter verfügt eine Strafuntersuchung**

Aufgrund des Polizeiberichtes, der Ende Mai 2009 vorlag, erliess Untersuchungsrichter Ritz am 1. Oktober eine Eröffnungsverfügung und verfügte von Amtes wegen eine Strafuntersuchung wegen Nötigung gegen alle acht Verwaltungsräte der LWL AG, namentlich Franz Meier, Beat Rieder, Alphons Lehner, Fernando Lehner, Hans-Beat Emch, Manfred Kambli, Hans-Ulrich Kunz und Marie-Louise Ringgenberg. Die RA bleibt dran.

## Chronologie der Ereignisse:

**Juni 1986:** Das eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement erteilt der LWL AG die Konzession für den Bau der Sesselbahn Lauchernalp-Gandegg mit der ausdrücklichen Auflage: «Für den Bau der Bahn sowie den Abtransport der Anlagenteile des bestehenden Skilifts dürfen keine Fahrstrassen erstellt werden.»

**Juni 1986:** Trotz der klaren Auflage aus Bern wird die Baustrasse erstellt, und zwar ohne Baubewilligung der Gemeinde Wiler und der Kantonalen Baukommission (KBK). Rolf Guldenfels und die anderen Hüttenbesitzer erklären sich einverstanden im Vertrauen, dass die Strasse nach Abschluss der Bauarbeiten im Herbst 1986 wie schriftlich zugesichert zurückgebaut wird.

**1986–2000:** Die illegale Baustrasse verläuft über den Boden der Familie Guldenfels auf der Südseite ihrer Hütte und verhindert dessen Nutzung als Vorplatz. Die Bahnangestellten mit LWL-Fahrzeugen sowie Einheimische und Touristen mit ihren Privatfahrzeugen fahren mitten über das private Grundstück und entwickeln Staub und Lärm.

**Oktober 2001:** Das Walliser Baudepartement bewilligt die Umlauf-Kabinenbahn Gandegg-Hockenhorngrat und untersagt der LWL AG die Bauzufahrt über das private Grundstück der Familie Guldenfels.

**Februar 2002:** Guldenfels kommt der LWL AG erneut entgegen. Er unterschreibt eine mit der LWL AG ausgehandelte Vereinbarung, wonach die Baustrasse für die Bauarbeiten benutzt werden kann und nach Abschluss der Bauarbeiten zurückzubauen und der ursprüngliche Zustand vor 1986 wiederhergestellt werden muss.

**Herbst 2004:** Die LWL AG nimmt zwar einige Rückbauarbeiten vor, ohne aber die Strasse wie vereinbart in den ursprünglichen, unbefahrbaren Zustand zurückzuführen (siehe Fotos).

**Dezember 2004:** Die Gemeinde Wiler schreibt den Bau einer Erschliessungsstrasse aus, welche die illegale Baustrasse ersetzen soll.

**August 2005:** Nachdem Guldenfels auf dem vereinbarten Rückbau der Baustrasse beharrt, beschliesst der LWL-Verwaltungsrat einstimmig einen Transportboykott gegen die Familie Guldenfels.

**März 2007:** Auf Beschwerde von Guldenfels erklärt das Bundesamt für Verkehr (BAV) die Transportverweigerung für illegal und verfügt deren sofortige Aufhebung, worauf die LWL AG die Familie Guldenfels wieder transportieren muss.

**Dezember 2007:** Guldenfels reicht Zivilklage beim Bezirksgericht ein und verlangt die Durchsetzung der Vereinbarung sowie Schadenersatz und Genugtuung für die Transportverweigerung.

**Dezember 2008:** Guldenfels reicht Strafanzeige gegen die LWL-Verwaltungsräte wegen Nötigung ein (siehe Artikel).



**Energieminister Jean-Michel Cina:**  
Zahme Fragen statt harte Fakten



**Bauminister Maurice Tornay:**  
Keine Ahnung über bisherige Verhandlungen



**Alpiq-Vertreter Christian Brunner:**  
Wertvolle Tipps für den Walliser Staatsrat



**BFE-Direktor Walter Steinmann:**  
Im Stile eines Pressesprechers der Stromlobby

**Neue Hochspannungsleitung durchs Wallis: Walliser Regierung ohne Strategie und Konzept**

# Staatsräte Cina und Tornay lassen sich von der Stromlobby instruieren

**SITTEN – Der Widerstand gegen die neue Hochspannungsleitung durchs Wallis wächst. Statt Freileitungen werden unterirdische Verkabelungen gefordert. Doch die beiden zuständigen CVP-Staatsräte Jean-Michel Cina und Maurice Tornay gehen ohne Strategie und Konzept in die Verhandlungen mit der Stromlobby. An einer Sitzung im Regierungsgebäude in Sitten liessen sie sich von der Stromlobby instruieren, statt mit einem eigenen Gutachten aufzutrupfen. Anders die Gemeinde Riniken im Kanton Aargau!**

VON KURT MARTI

Die kleine Aargauer Gemeinde Riniken bei Brugg mit 1400 EinwohnerInnen liess sich von der Stromlobby und ihren gigantischen Hochspannungsplänen nicht einschüchtern und über den Tisch ziehen. Als die Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) den Ersatz einer 220-kV-Leitung durch eine 380-kV/220 kV-Leitung plante, forderte die Gemeinde eine unterirdische Verkabelung. Die NOK kam in einem Gutachten zum Schluss, dass eine Verkabelung rund 15 mal mehr koste als eine Freileitung. Zudem reichte die NOK noch die bekannte Liste von Gründen auf, wieso eine Verkabelung nicht in Frage kommen soll. Um den Experten

der Stromlobby Paroli zu bieten, engagierte die Gemeinde den international bekannten Fachmann für Energietransport Professor Heinrich Brakelmann von der Universität Duisburg-Essen. Dieser hielt dem NOK-Gutachten die neusten technologischen Fakten entgegen. Brakelmann kommt in seinem vor kurzem abgelieferten Gutachten zum Schluss, dass die NOK von einer veralteten Technologie ausgeht und dass eine Verkabelung heute nur noch 1,6mal teurer ist als eine Freileitung, wenn alle Kosten einbezogen werden (siehe *Kasten*.)

**Ohne Expertengutachten wird man zum Kopfnicken degradiert**  
Vor einem Jahr enttarnte die RA (Nr. 205) die eidgenössische

Arbeitsgruppe Leitungen und Versorgungssicherheit (AG LVS) als von der Stromlobby unterwandert und forderte, dass der Walliser Staatsrat nun das Zepher selbst in die Hand nehmen muss und ein eigenes Gutachten in Auftrag geben soll. Doch bis heute fehlt ein solches, fundiertes Gegengutachten.

Die Verhandlungen mit der Strombranche und ihren Experten sind beinhardt. Ohne eigene Experten und Gutachten hat man keine Chance und wird zum Fragensteller und Kopfnicker degradiert. Besonders eindrücklich machte sich dieses Manko anlässlich einer Sitzung des Kantons mit der Strombranche im letzten Juli bemerkbar: Den drei Walliser Staatsräten Jean-Michel-Cina (Energieminister), Maurice Tornay (Bauminister) und Claude Roch (Bildungsminister) standen zwei Vertreter der Alpiq mit ihren drei Experten gegenüber. Unterstützt wurden die Vertreter der Stromwirtschaft von drei Vertretern des Bundesamtes für Energie (BFE) und zwei Vertretern des Bundesamtes für Umwelt (BAFU). Die fünf Bundesbeamten waren unter der Führung des BFE-Direktors Walter Steinmann ins Wallis gereist. Die verei-

nigte Freileitungslobby wollte nichts anbrennen lassen. Am Abend durften sie zufrieden nach Bern zurückfahren.

**Experten der Stromlobby erzählen dem Staatsrat blanken Unsinn**

Zunächst verbreiteten die Alpiq-Vertreter und deren Experten das bekannte Evangelium und trafen auf gläubige Kantonsvertreter: Die Verkabelung im Boden wird für die Variante Wechselstrom 11 mal und für die Variante Gleichstrom 40 mal teurer. Mangels eigener Expertengutachten wurden diese Phantasiezahlen von den drei Staatsräten Cina, Tornay und Roch nicht in Frage gestellt. Stattdessen wollte Energieminister Cina wissen, wie sich *«die Technik und die Kosten der unterirdischen Lösungen entwickeln werden?»* Worauf der beauftragte Experte der Stromwirtschaft antwortete, dass *«in den nächsten 20 bis 30 Jahren keine signifikanten Änderungen zu erwarten seien!»* Dieser blanke Unsinn wurde von einem weiteren Experten der Stromlobby noch bestätigt. Laut Sitzungsprotokoll gab es zu dieser Behauptung keine Einwände seitens der drei anwesenden Staatsräte. Wie das Brakelmann-Gutachten

der Gemeinde Riniken eindrücklich aufzeigt, wurden in der Verkabelung von Hochspannungsleitungen in den letzten Jahren grosse, technologische Fortschritte erzielt und es gibt keine Anzeichen, dass diese Entwicklung auf Wunsch der Alpiq-Experten gestoppt würde.

**Staatsrat Tornay mit erbärmlichem Wissensstand**

Dann wollte Staatsrat Tornay vom Alpiq-Vertreter Christian Brunner wissen, *«ob für die unterirdische Variante eine Zusammenarbeit mit dem Autobahnnetz in Erwägung gezogen wurde.»* Darauf hatte Stromlobbyist Brunner die Ehre, den Chef des kantonalen Baudepartementes über die Aktivitäten des Baudepartement zu informieren. Laut Brunner haben zahlreiche Kontakte auf kantonaler Ebene stattgefunden. Offensichtlich hatte Tornay keine Ahnung davon, obwohl die kantonale Kommission *«Pfy»* im Baudepartement schon vor Jahren die Verkabelung der Hochspannungsleitung im Pfywald in einem Infrastrukturkanal der Autobahn A9 verlangte. Ebenfalls Staatsrat Cina hatte im Jahre 2003 als damaliger Präsident

des *«Lebens- und Erlebnisraumes»* (LER) eine Verkabelung der Leitung entlang der A9 im Pfywald verlangt (RA Nr. 192). Die Walliser CVP-Staatsräte Tornay und Cina lassen sich also vom Alpiq-Vertreter über die kantonalen Aktivitäten informieren, statt der Stromlobby den Marsch zu blasen.

**Bundesbeamten als Nachbeter der Stromwirtschaft**

Schliesslich setzten sich die Vertreter des BFE und des BAFU ins Szene und entpuppten sich als Nachbeter der Stromwirtschaft. BAFU-Mitarbeiter Willy Geiger, ein ehemaliger Vertreter der Umweltorganisationen, und BFE-Jurist Werner Gander erklärten unisono, dass die Verkabelung nur in nationalen Schutzgebieten wie dem Pfywald diskutiert würde. Dabei hatte die Arbeitsgruppe des Bundes AG LVS den Auftrag, Kriterien ohne räumliche Eingrenzung

zu entwickeln. Immerhin verlangte Staatsrat Cina, dass Verkabelungen auch ausserhalb von nationalen Schutzgebieten diskutiert werden müssen.

**BFE-Direktor Walter Steinmann: Heimatschutz für Stromleitungen?**

Als Brigitte Wolf von den Grünen Oberwallis verlangte, dass auch der Tourismus als Kostenkriterium einbezogen werden muss, antwortete BFE-Direktor Walter Steinmann im Stile eines Pressesprechers der Stromlobby, *«dass die Staudämme und Leitungen zum industriellen Erbe des Wallis gehörten und deshalb einen touristischen Wert hätten.»*

Somit wäre es keine grosse Überraschung, wenn das BFE demnächst die alten und neuen Staudämme und Hochspannungsleitungen unter Heimatschutz stellen würde.

**Weitere Informationen:**

Verein «Hochspannung unter den Boden»  
[www.hsub.ch](http://www.hsub.ch)

## Verkabelung nur noch 1,6 mal teurer Jetzt muss die Alpiq über die Bücher!

**(ktm)** Seit Jahren wollen die Nordostschweizer Kraftwerke (NOK) die 220 kV-Hochspannungsleitung Beznau-Birr im Kanton Aargau auf eine Doppelleitung von 320 kV/220 kV ausbauen. Die Leitung verläuft mitten durch die Gemeinde Riniken bei Brugg. Deshalb setzen sich die EinwohnerInnen für eine unterirdische Verkabelung der Leitung ein. Im Jahr 2004 legte die NOK ein Gutachten vor und behauptete, die Wechselstrom-Verkabelung sei 15 mal teurer als eine Freileitung. Jetzt liegt ein Gegengutachten der Gemeinde Riniken vor, welches Professor Heinrich Brakelmann von der Universität Duisburg-Essen verfasst hat. Brakelmann geht mit dem NOK-Gutachten hart ins Gericht. Das NOK-Gutachten basiert auf einer veralteten Technologie und auf falschen Wirtschaftlichkeitsberechnungen:

- Die heute möglichen Leiterquerschnitte liegen bei 3200 mm<sup>2</sup> und nicht mehr bei 2500 mm<sup>2</sup>, wie von der NOK behauptet. Die Kabellängen betragen heute 1000 m und nicht mehr 300 bis 500 m, wie von der NOK behauptet. Anders als von der NOK angenommen, gibt es heute einen neuen, hochwärmeleitfähigen Spezialbeton und die Kosten der Tunneltechnologien haben sich massiv verringert.
- Heute braucht es je System nicht mehr vier Kabelsysteme, wie von der NOK angenommen, sondern nur noch zwei. Dadurch reduziert sich der Platzbedarf entscheidend. Die Doppelleitung kann in einem mit Glasfaser verstärkten Kunststoff-Rohr (GFK-Rohr) von 2,7 m Durchmesser untergebracht werden (siehe Foto). Keine Rede also von Korridoren von 25 m Breite, wie die Alpiq und die NOK dies behaupten.
- Die Ausfallrate wird laut Brakelmann-Gutachten von der NOK fünf bis zehn Mal zu hoch angesetzt. Auch das Überlastverhalten ist bei den Kabeln nicht schlechter, wie von der NOK behauptet,

sondern günstiger. Zudem sind die NOK-Angaben zur Bodenerwärmung *«überzogen»*, was neuste Feldversuche gezeigt haben.

- Die Zugänglichkeit der gesamten Strecke ist während des Betriebes nicht erforderlich, wie dies die NOK behauptet. Auch die NOK-Beauptung, dass die Oberfläche der unterirdischen Kabelleitung auf der ganzen Länge freigehalten werden muss, ist laut dem Brakelmann-Gutachten *«unrichtig»*. Die landwirtschaftliche Nutzung ist direkt über dem Kabeltrasse nach wie vor möglich.

- Die neuen Technologien reduzieren die Kosten einer Kabelleitung wesentlich, so dass die direkten Investitionskosten nur noch 7,6 bis 8,4 mal höher sind als jene einer Freileitung, und nicht 15 mal, wie von der NOK behauptet. Für die Gesamtkostenrechnung sind ebenfalls die Betriebskosten relevant, deren Einbezug die NOK unterlassen hat.

- Die Stromverluste einer Freileitung sind nämlich 3,2 bis 4,2 mal höher als jene einer Kabelleitung, was die Betriebskosten erhöht und logischerweise in die Gesamtkostenrechnung einfließen muss. Damit wird die Kabelleitung nur noch um einen Faktor 1,6 teurer als eine Freileitung. Noch nicht einkalkuliert wurden die landschaftlichen Auswirkungen.

- **Fazit:** Aufgrund des Brakelmann-Gutachtens und den neuen Technologien muss die Alpiq und auch der Walliser Staatsrat dringend über die Bücher. Zu ähnlichen Schlüssen wie das veraltete NOK-Gutachten kommt auch das Gutachten der Alpiq vom vergangenen März: Die Verkabelung der Leitung Chamoson-Chippis soll angeblich 11 mal teurer werden als eine Freileitung.



**Neuste Technologie:** Die Doppelleitung kann in einem mit Glasfaser verstärkten Kunststoff-Rohr (GFK-Rohr) von 2,7 m Durchmesser untergebracht werden.



**Der Konsum von Agarn:** Tiefe Gewinnmargen, lückenhafte Lieferungen und der zunehmende Konkurrenzkampf machen auch dem Konsumverein im 800 Seelendorf Agarn zu schaffen



**Damit die kleinen Dorfläden eine Chance haben:** Der kantonale Richtplan muss endlich ernst genommen werden.



**RWO-Präsident Richard Kalbermatter und RWO-Geschäftsleiter Roger Michlig:** Noch nichts Konkretes gegen das «Lädelersterben» von den beiden alt-CVPO-Präsidenten



## Neun direkte Handlungsmöglichkeiten

1. Der Kanton sorgt für die korrekte Umsetzung seines Richtplanes und zielt konsequent auf die dezentrale Versorgung aller Gemeinden hin.
2. Der Staatsrat überprüft die Zonenreglemente der Gemeinden im Zusammenhang mit dem Bau von Grossverteilern im Sinne seiner Raumplanungsziele.
3. Der Grossrat überprüft, ob sich der Staatsrat an die kantonseigenen Vorgaben hält.
4. Die Talgemeinden planen und diskutieren ihre Bauvorhaben von Grossverteilern in Koordination mit allen andern Gemeinden des Oberwallis.
5. Falls einem Grossverteiler die Baubewilligung erteilt wird, wird er verpflichtet, auch die kleineren Gemeinden in der Umgebung zu kostendeckenden Margen und mit Waren des täglichen Bedarfs zu beliefern.
6. Die Gemeinden achten bei Baubewilligungen darauf, dass sie die Bewilligung in erster Linie jenen Anbietern erteilen, die im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung der Region, möglichst viele regionale, lokale und biologische Nahrungsmittel im Sortiment haben.
7. Kleine Gemeinden pochen an die Türe der Region Oberwallis und drängen an das koordinierte Vorgehen, statt den Kampf gegen Windmühlen alleine anzugehen.
8. Kleine Gemeinden koordinieren die Öffnungszeiten aller Dienstleistungsangebote in ihrem Dorf und richten sich dabei nach den Bedürfnissen der Bevölkerung.
9. Private beobachten im Sinne der Solidarität mit kleinen Dörfern die Baupläne ihrer Grossgemeinden und reichen bei Bedarf Beschwerde gegen unkoordinierte und überrissene Bauprojekte ein.

Verkehrte Politik und Missachtung der eigenen Gesetze und Vorgaben

# Staat und lokale Politik gefährden die dezentrale Versorgungssicherheit

**WALLIS – Seit Jahren kämpfen kleinere Oberwalliser Gemeinden um den Erhalt der Dorfläden. Die grösseren Talgemeinden, der Grossrat und der Staatsrat kümmern sich nicht um die klaren Vorgaben der kantonalen Richtplanung und unterstützen munter das unkoordinierte Bauen von Grossverteilern in den grossen Talgemeinden. Und das Regions- und Wirtschaftszentrum Oberwallis, welches zur Stärkung der Region Oberwallis beitragen sollte, wozu auch eine dezentrale Versorgungssicherheit gehört, wartet auf sein Frühlingserwachen.**

VON SUSANNE HUGO-LÖTSCHER

Die Situation der dezentralen Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs wird im Oberwallis je länger je prekärer. Die Konsumgenossenschaften in Erschmatt (300 EinwohnerInnen) und in Agarn (800 EinwohnerInnen) suchen zurzeit Lösungen für den Erhalt ihres Dorfladens. Sinkende Umsatzzahlen, sinkende Gewinnmargen, lückenhafte Versorgung durch die Valrhône AG, steigende Kon-

kurrenz durch Grossverteiler in den Zentren, Billigläden wie Aldi und Lidl, sowie Tankstellenshops drängen die kleinen Dorfläden an den Rand ihrer Existenz. Dieses Schicksal kennen auch Fieschertal, Varen, Simplon-Dorf und andere kleine Oberwalliser Gemeinden. So mussten zum Beispiel die Geschäfte in Obergesteln und Eggerberg bereits schliessen und auch ein kleiner, ehemaliger Primomitten in Brig und das Pam in Eyholz gingen ein.

### Staatsrat verletzte geltendes Recht

Trotzdem bewilligte die Urversammlung von Brig-Glis im Dezember 2007 den Erweiterungsbau «Aletsch Arena» der Migros Wallis mit einer Verdoppelung der Verkaufsfläche im Glisergrund. Dagegen hat ein Privater mit dem Hinweis gesprochen, dass gar keine Bedürfnisabklärung für das Projekt gemacht wurde und dass es bereits vor dem Bau eine Übersättigung von Lebensmittelanbietern im Talgrund gab. Der Staatsrat wies die Beschwerde ab und genehmigte die Zonenplanänderung, die für einen solchen Bau nötig war. Zu unrecht, wie das Kantonsgericht am 5. Dezember 2008 entschied. Der Staatsrat habe geltendes Recht verletzt und die Richtplanwidrigkeit nicht geprüft und müsse zuerst eine Bedürfnisabklärung machen, bevor er einer Zonenplanänderung zustimme. So sehe es der kantonale Richtplan – Koordinationsblatt B.3/5 vor.

### Nicht im Einklang mit der kantonalen Politik

Im kantonalen Richtplan B.3/5 wurde «aufgrund von Problemen, die im Zusammenhang neuer Einkaufszentren aufgetreten sind» das Phänomen des Lädelersterbens durch eine Raumbesichtigung zwischen 1995 bis 2005 studiert und als Problem erkannt: Die gesamte Einkaufsfläche hat sich zwischen 1988 und 1995 um 75% erhöht und konzentriert sich vor allem in den Talzentren. Neue Einkaufszentren ausserhalb der Ortszentren liegen im Trend. Parallel dazu hat die Zahl der Gemeinden ohne Lebensmittelgeschäft zugenommen. Bereits im Jahre 2001 verfügten im Wallis elf Gemeinden und 27 Weiler mit mehr als 250 Einwohnern über kein Lebensmittelgeschäft. Laut Richtplan, welcher vom Staatsrat am 14. Dezember 2005 abgesegnet wurde, steht diese Entwicklung «nicht im Einklang mit der kantonalen Politik und der erwünschten, räumlichen Entwicklung».

Ein Teil der Bevölkerung, insbesondere der nicht motorisierte, wird dadurch benachteiligt.

### Bedürfnisnachweis und Umsetzung in der Nutzungsplanung

Die Folgen dieser «unkontrollierten Entwicklung» sind im Richtplan klar benannt: «Eine übertriebene Konzentration von Verkaufsflächen, die sich oft nachteilig auf die soziale Funktion und die Attraktivität der Ortszentren auswirkt.» Laut Richtplan drängen sich raumpanerische Massnahmen auf, welche verhindern, «dass sich die Probleme der Unterversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs in den Wohnzonen verstärken und dass Verkehrsüberlastungen im Zusammenhang mit stark frequentierten Einkaufszentren entstehen». Daraus werden folgende Grundsätze abgeleitet:

- Sicherstellen der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs in Gemeinden

oder Dörfern mit mehr als 250 Einwohner.

- Integrieren der Einkaufszentren in die Ortszentren, in die Wohnzonen und in die Nähe von öffentlichen Verkehrsmitteln, oder an Orte, die zu Fuss erreichbar sind.
- Begründen der Einkaufszentren mit einem Angebot an Gütern des täglichen Bedarfs an der Peripherie der Zentren.
- Nachweisen des Bedürfnisses der Einkaufszentren aufgrund des regionalen Bedarfs und beschränken der gesamten Verkaufsfläche.
- Umsetzung in der Nutzungsplanung und Festlegung der entsprechenden Nutzungszonen mit den dazugehörigen Reglementen.
- Einreichung eines Berichtes zu den Raum- und Umweltauswirkungen und die Einholung der Vormeinung der kantonalen Dienststelle für Raumplanung.
- Eine Bewilligung darf erst

erteilt werden, wenn alle diese Auflagen erfüllt sind.

### In der Realität sieht es anders aus!

Im Fall des Migros-Ausbaus im Glisergrund hat sich die Gemeinde Brig-Glis und der Walliser Staatsrat über die genannten Bestimmungen des Richtplanes hinweggesetzt. Zudem haben der damalige Staatsrat Jean-René Fournier und die C-Parteien mit der Absegnung des überarbeiteten Ladenschlussgesetzes im Jahre 2001 einen Boom von Tankstellenshops eingeleitet, statt wie versprochen «die kleinen und familiären Dorfläden» zu schützen. Wie Pilze sind seitdem entlang der Hauptstrassen Tankstellen mit Shops aus dem Boden geschossen. Weiterhin werden unkoordiniert grosse Einkaufszentren geplant, bewilligt und gebaut, sowie Billigläden wie Lidl und Aldi im Doppelpack erlaubt. Grössere Gemeinden und der Staat erteilen weiterhin Baubewilligungen, teilweise sogar unter Missachtung der

eigenen Vorgaben, schüren Hoffnungen auf Arbeitsplätze, welche andernorts durch die Schliessung der kleinen Läden dezentral verloren gehen. Von einer Koordination zur Sicherstellung der dezentralen Versorgung aller Gemeinden mit mehr als 250 Einwohnern keine Spur.

### Wo ist eigentlich die Region Oberwallis?

Seit dem 1. Januar 2009 will sich das neu geschaffene Regions- und Wirtschaftszentrums Oberwallis (RWO) unter der Federführung der beiden alt-CVPO-Präsidenten Richard Kalbermatter (Präsident) und Roger Michlig (Geschäftsleiter) für die Stärkung der Region Oberwallis engagieren. Dabei wurde im Juni 2009 den Medien und der Bevölkerung mitgeteilt, dass sich die Region auch mit dem Projekt «Lädelersterben» für eine Stärkung der Dorfläden einsetzen will. Dabei will man mittels innovativen Lösungsansätzen die Bedürfnisse der Kundschaft

so gestalten, dass die Bevölkerung den Einkauf (Tages- und Wocheneinkauf) im Zentrum des Wohnortes tätigen kann und so die Umsätze gesteigert werden können. Doch konkrete Hinweise, wie dies geschehen soll, sind auf der Homepage der RW Oberwallis keine zu finden. Stattdessen steht dort, das Projekt sei in Vorbereitung. (Quelle: Homepage RW Oberwallis Stand 4. Nov. 2009)

### Ernsthafte Versorgungsprobleme zeichnen sich ab

Der Verdrängungskampf unter den Lebensmittelgiganten ist seit Jahren im vollen Gange, der «freie Markt» frisst die Löhne, die Gewinnmargen und die kleinen Läden auf. Wenn es so weitergeht, zeichnen sich ernsthafte Versorgungsengpässe in den dezentral besiedelten Wohngebieten ab. Wer ohne Auto ist, wird zunehmend Probleme haben, an die Güter des täglichen Bedarfs zu kommen. Statt guter Waren, hoch-

wertigen Nahrungsmitteln drängen sich immer mehr ausländische Billigprodukte in die Walliser Regale. Vollwertige und gesunde Nahrungsmittel aus Biobetrieben oder regionale Produkte werden ebenfalls zunehmend an den Rand gedrängt. Die dezentrale Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs muss durch die Lenkung der hochgelobten, freien Marktwirtschaft garantiert werden und der Staat soll sich der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung erinnern und die Verdrängungspolitik der Grossverteiler unter Missachtung der eigenen Vorgaben stoppen. Wie wäre es, wenn sich vermehrt weitsichtige BürgerInnen gegen eine solche Politik wehren? Morgen schon, bei der Wahl seines Einkaufsortes und der Auswahl der Produkte? Bei der nächsten Urversammlung, indem eine Reglementänderung verlangt wird? Oder nötigenfalls durch eine Beschwerde gegen ein weiteres überrissenes Projekt?

Nein zum unsozialen und undemokratischen Tourismusgesetz!

# Keine Bürokraten-Katzen im Sack!

**Die Weltwirtschaft steckt in der tiefsten Krise der letzten 80 Jahre. Im Winter wird die Rezession voll auf das Wallis durchschlagen. In vielen Unternehmen brechen die Aufträge weg. Der Strom wird für Unternehmen und Haushalte immer teurer. Und wegen den explodierenden Krankenkassenprämien sinken die realen Löhne. Die neuen Tourismussteuern sind indirekte Steuern und deshalb unsozial. Sie nehmen den Walliserinnen und Walliser noch mehr Kaufkraft weg. Und das für eine schlechte Lösung.**

- Bei der Öffnung des Strommarktes versprachen die Politiker sinkende Strompreise. Eingetreten ist genau das Gegenteil. Beim neuen Tourismusgesetz ist es noch viel schlimmer. Niemand im Wallis weiss, wie viel er künftig für seine 100 Quadratmeter grosse Ferienwohnung bezahlen wird. Der Betrag kann 50 Franken, 500 Franken oder auch 1 500 Franken ausmachen. Niemand kauft eine Katze im Sack.
- WalliserInnen zahlen im Wallis viel Steuern. Vorab in den Berggemeinden. Trotz-

dem sollen WalliserInnen für ihre Ferienwohnungen gleich viel Tourismussteuern bezahlen wie ausserkantonale Eigentümer. Das ist eine ungerechte Doppelbelastung. Wer als WalliserIn im Sommer in sein Chalet zieht, belastet die Infrastruktur des Wallis nicht zwei Mal. Wer im Heimatdorf das Haus seiner Eltern renoviert hat und als Ferienwohnung nutzt, darf nicht bestraft werden.

- Luxuswohnungen in Zermatt oder Verbier kosten bis zu 30 000 Franken pro Quadratmeter. Daneben gibt es auch einfache Ferienwohnungen. Diese sind oft im Familienbesitz von WalliserInnen. Pro Quad-

ratmeter sollen neu alle in einer Zone gleich viel bezahlen. Dies ist ungerecht.

- Wer entscheidet in den Gemeinden über die Höhe des Grundbetrages und den Standortfaktor? Und somit über die Höhe der Tourismussteuer? Das Gesetz will die Urversammlung entmachen. Neu entscheiden allein die Gemeinderäte über die Höhe der Tourismussteuer. Das ist undemokratisch und fördert die Willkür. Die überforderten Gemeinderäte werden vielerorts die zu teuren Tourismus-Bürokratien aufblasen.

- Alle grossen Talgemeinden haben Tourismusförde-

rungstaxen abgelehnt. Zu Recht. Denn diese Steuer benachteiligt das einheimische Gewerbe gegenüber der auswärtigen Konkurrenz. Jetzt müssen Gemeinden - falls sie keine Tourismusförderungstaxe einführen - den gleichen Betrag aus der Steuerkasse berappen.

- Das neue Gesetz will 30 Millionen Franken mehr Steuern eintreiben. Auf Kosten des Wallis und der Walliser. Es bringt keine Lösungen für das Problem der kalten Betten. Stattdessen sollen noch mehr Bürokraten und Bürokratien finanziert werden. Nach der Strommarktöffnung brauchen wir keinen zweiten teuren Flop.



**German Eyer, Grossrat**

«Eines ist so sicher wie das Amen in der Kirche: die 30 Millionen Franken an zusätzlichen Steuern für den Tourismus werden schmelzen wie der Schnee im Frühling.»



**Laura Kronig, Grossratssuppleantin**

«Welterbe. Gottardo West. Viel Geld fliesst in immer neue Blasen. Und diese platzen kurz darauf. Mehr Geld bedeutet mehr solche Blasen.»



**Helena Mooser-Theler, Grossrätin**

«Nach dem Strommarkt-Flop kein zweites Eigengol, keine Katze im Sack.»



**Norbert Minnig, Grossrat**

«Die Berechnung der touristischen Beherbergungstaxe ist eine Aufgabe mit mehreren variablen Unbekannten, also nicht lösbar. Es fehlt jegliche Transparenz.»



**Doris Schmidhalter-Näfen, Grossrätin**

«Die Gemeinden sollen konkrete touristische Projekte fördern. Und nicht Geld in ineffiziente Büros pumpen. Sonst geht es wie mit dem Unesco-Welterbe.»



**Christian Walden, Grossratssuppleant**

«Alle wollen gute Rahmenbedingungen für die KMU's. Jetzt soll die Tourismusförderungstaxe mit einem Büobu-Trickli hintenrum eingeführt werden. Das heisst für uns Gewerbler: noch mehr Steuern und damit ein Konkurrenznachteil gegenüber den auswärtigen Anbietern.»



**Gilbert Truffer, Grossratssuppleant**

«Mit der Tourismusförderungstaxe soll die dümmste Steuer flächendeckend durch die Hintertür eingeführt werden. Damit wird das einheimische Gewerbe gegenüber der ausserkantonalen Konkurrenz diskriminiert.»



**Reinhold Schnyder, Grossratssuppleant**

«Niemand weiss, welche und wie viele Tourismussteuern er neu bezahlen muss. Das entscheiden später die Gemeinderäte allein. Nein danke.»

## WUSTEN SIE SCHON, DASS...

... CVP-Staatsrat Jacques Melly bis vor kurzem als Geschäftsführer einer Immobilienfirma eingetragen war?



**Staatsrat Jacques Melly:** Ehemaliger Geschäftsführer einer Immobilienfirma, die gar nie aktiv war.

Ein Blick in die Handelsregistereinträge von CVP-Staatsrat Jacques Melly zeigte im Oktober 2009, dass er als Gesellschafter und Geschäftsführer der Immobilienfirma «Swiss-Russian Support Sàrl» eingetragen war. Zusammen mit dem Mitgesellschafter Oleg Markelov aus Petersburg/Russland hielt er ein Stammkapital von 20 000 Franken. Weil das Reglement des Staatsrats eine solche Tätigkeit verbietet, haben wir Staatsrat Melly am 26. Oktober um eine Stellungnahme gebeten. Per Mail vom 30. Oktober liess Melly verlauten, dass er «die notwendigen Schritte zur Löschung dieser Firma unternommen» habe, und zwar «sobald ich in den Staatsrat gewählt wurde.» Zwei Wochen nach der RA-Anfrage wurde die Immobilienfirma liquidiert und der Name von Melly gelöscht. Bekanntlich fanden die Staatsratswahlen bereits im März statt, so dass die Änderung im Handelsregister ganze acht Monate gedauert hat, wenn man den Angaben von Melly glauben kann. Übrigens gibt es eine weitere, erstaunliche Tatsache: Die Schweizerisch-Russische Immobiliengesellschaft war gar nie aktiv, wie Melly erklärt.

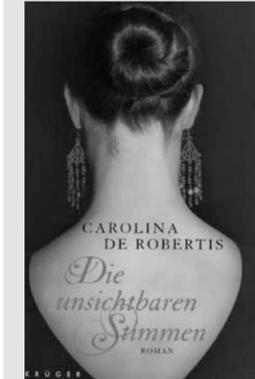
... die Inserate des Stromkonzerns Alpiq ihre Wirkung auf die WB-Redaktion nicht verfehlen?



**Stromkonzern Alpiq:** Unkritische WB-Artikel werden sofort mit Inseraten belohnt.

Am 10. November 2009 erklärte der Stromkonzern Alpiq in einer Medieninformation, dass die Leistung des Pumpspeicherkraftwerkes Nant de Dranse durch eine Erhöhung der Staumauer von Vieux Emosson zusätzlich erhöht werde. Am selben Tag platzierte die Alpiq ein schönes Inserat im Walliser Boten. Deshalb erschien am Tag darauf im WB ein halbseitiger Artikel, welcher die Alpiq-Pressemitteilung einfach kopiert und damit den WB-LeserInnen die unhaltbaren Argumente der Alpiq ungefiltert auftischte. Der WB-Chefredaktor Thomas Rieder hatte gar den Mut, diesen Werbe-Artikel persönlich zu signieren. Seit der Gründung der Alpiq profitiert der WB vom grosszügigen Alpiq-Werbebudget. Die PR-Artikel des WB über die Pumpspeicherkraftwerke und die Hochspannungsleitungen werden von der Alpiq sofort mit ganzseitigen Inseraten belohnt. Es wird Zeit, dass sich der Schweizer Presserat damit befasst.

## BUCHBESPRECHUNG:



Verlag: Krüger W.  
SBN: 978-3-8105-0799-0  
Preis: Fr. 37.90 (gebunden)

## Die unsichtbaren Stimmen Von Carolina De Robertis

Carolina De Robertis, die Autorin des Romans «Die unsichtbaren Stimmen», wurde 1975 in England geboren. Ihre Eltern stammen aus Uruguay. Inspiriert von der eigenen Familiengeschichte, erzählt Carolina De Robertis vom Leben dreier eigensinniger und starker Frauen in Uruguay, verpackt in die südamerikanische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Acht Jahre hat die Autorin am Roman geschrieben und es entstand ein wunderbarer, phantastischer Roman; vergleichbar mit dem «Geisterhaus» von Isabel Allende.

Der Roman beginnt mit einem Wunder. Am 1. Januar 1900 fällt in Tacuarembó, einem kleinen Städtchen in Uruguay, ein Mädchen von einem Baum und überlebt. Das Mädchen ist erst ein Jahr alt. Niemand weiss, wie es da hinaufgekommen war, denn der Baum war sehr hoch. Von da an wurde das Mädchen «Pajarita» (kleiner Vogel) genannt. Zur selben Zeit wird in Venedig Ignazio Finelli geboren. Später kreuzen sich die Wege von Pajarita und Ignazio und sie heiraten. Aus der Ehe von Pajarita und Ignazio gehen mehrere Kinder hervor.

Die Tochter Eva flieht bei Nacht und Nebel nach Argentinien, um dem Druck ihrer Eltern und den sexuellen Übergriffen zu entfliehen. Sie findet Zuflucht in den linken, intellektuellen Kreisen und verfasst dort politische Gedichtbände. Als Juan Perón 1946 an die Macht kommt, ist sie gezwungen, mit ihrem Mann und ihren zwei Kindern aus Argentinien nach Uruguay zu fliehen. Ihren ganzen Besitz muss sie zurücklassen.

Salomé, die Tochter von Eva, studiert an der Universität und schliesst sich der nationalen Befreiungsbewegung Tupamaro an. Bei einem Militärputsch wird sie zusammen mit anderen Tupamoros verhaftet und zu lebenslänglich verurteilt. Nach zwölf Jahren erlässt der neue Präsident von Uruguay eine Amnestie für alle politisch Gefangenen. Salomé kehrt zu ihrer Familie zurück.

«Die unsichtbaren Stimmen» ist ein Buch voller Spannung, Wunder und Erzählkraft, welches vor allem von den mutigen Taten der Frauen lebt, umrahmt von den langen abenteuerlichen und witzigen Geschichten der Männer.

Marie-Theres Kämpfen

# Robert Jungk:

## Die Stimme der Hoffnung lebt

Robert Jungk hat immer wieder die Menschen ermutigt, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Sein Weg führte ihn von der Flucht aus Deutschland 1933 über Paris und Prag ins Exil nach Zürich. Nach Kriegsende war er als Korrespondent in den USA tätig. Der Name Robert Jungk stand seit den späten 50er Jahren für aktiven, gewaltlosen Widerstand gegen jegliche Nutzung atomarer Techniken. Er war durch sein publizistisches und persönliches Engagement einer der bekanntesten Vertreter der neuen sozialen Bewegungen, die seit den 60er Jahren die westeuropäische Gesellschaft grundlegend verändert haben. 1970 erhielt er einen Lehrstuhl für Zukunftsforschung an der Technischen Universität Berlin. 1986 wurde ihm in Stockholm der Alternative Nobelpreis verliehen. Gestorben ist er am 14. Juli 1994 im Alter von 81 Jahren in Salzburg; auf dem Grabstein auf dem jüdischen Friedhof steht die Inschrift: «Die Stimme der Hoffnung lebt».

VON HILAR EGGEL

Robert Jungk wurde 1913 in Berlin als Sohn einer jüdischen Künstlerfamilie geboren. Sowohl sein Vater David Baum (Künstlername Max Jungk) als auch seine Mutter Elly Branden-Jungk verdienten sich ihr Geld als Schauspieler. Der Name Jungk ist ein Künstlername, den sich Roberts Vater als Schauspieler und Drehbuchautor aussuchte. Robert Jungk hat diesen Namen übernommen. Die Berliner Kindheits- und Jugendjahre standen ganz im Zeichen der elterlichen Theater- und Filmaktivitäten. Eindrucksvoll schildert Jungk in seiner Autobiographie die Auswirkungen dieses sozialen Umfelds: «Entscheidend war in Wirklichkeit wohl das Gewicht des Selbstvertrauens, das mir meine Eltern einpflanzten. Sie hatten beide einen Beruf, der von Unsicherheit und Aufregung geprägt war, lange schon bevor die Zeitgeschichte zu Drama und Tragödie wurde.»

Das Symbol seines Lebens war das Stehaufmännchen, sein erstes Spielzeug. «Es lässt mich immer aufstehen, auch weil ich mehr Phantasie habe als die Wirklichkeit», sagte er einmal in einem Fernsehinterview. In seinem bewegten Leben, dessen zentrales Thema der Kampf um eine humane und zukunftsfähige Menschheit war, hat er nie die Hoffnung auf ein besseres Morgen aufgegeben.

### Weiterführende Literatur

- Robert Jungk: Die Zukunft hat schon begonnen. Amerikas Allmacht und Ohnmacht, Stuttgart 1952
- ders.: Heller als tausend Sonnen. Das Schicksal der Atomforscher, Stuttgart 1956
- ders.: Der Jahrtausendmensch. Bericht aus den Werkstätten der neuen Gesellschaft, München 1973
- ders.: Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München 1977
- ders.: Menschenbeben. Der Aufstand gegen das Unerträgliche, München 1983
- ders.: Glaubhafte Ermutigung, Rede, Oldenburg 1988
- ders.: Zukunft zwischen Angst und Hoffnung. Ein Plädoyer für die politische Phantasie, München 1990
- ders.: Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft, München 1993

### Exil in der Schweiz

Schon als Jugendlicher nahm er die heraufziehende Gefahr des Naziterrors wahr. Seine humanistische und an Gerechtigkeit orientierte Persönlichkeit brachte ihn deshalb schon mit 19 Jahren in den Widerstand. Trotz aller persönlichen Gefährdungen riss er nach dem Reichstagsbrand Naziparolen in der Berliner Humboldt-Universität ab. Einen Tag später wurde er verhaftet und kam unter glücklichen Umständen bald wieder frei - auch, weil der Rechtsstaat noch ein paar Stunden funktionierte.

Bedingt durch seine Ausbürgerung im Jahre 1933 betrieb er seine Widerstandsarbeit grösstenteils aus dem Exil. Sein Weg führte ihn über Paris und Prag ins Exil nach Zürich. Dort agierte er unter schwierigsten Bedingungen und extremsten Belastungen (1943 Internierung in der Strafanstalt Sankt Gallen) gegen die Verbrechen des Naziregimes. Seine unter dem Pseudonym F. L. gezeichneten Artikel in der Weltwoche fanden grosse Aufmerksamkeit.

Viele seiner jüdischen Freunde kamen in Konzentrationslagern ums Leben. Sein eigenes Überleben war ihm Verpflichtung, sein Leben dem Kampf für eine bessere Zukunft zu widmen, in der Menschen ihre sozialen und humanen Fähigkeiten zur Entwicklung toleranter und gerechter Gesellschaften entfalten.

### Journalistische Tätigkeit

In seinem ganzen Leben war Robert Jungk aber vor allem eines: ein kritischer Wissenschaftsjournalist. Als Journalist war ihm das Wichtigste, Wissen all denen zugänglich zu machen, denen die Zusammenhänge nicht klar sind; Wissen also «populär» zu machen und als Mittler zwischen den Leuten zu agieren.

Jungk wollte als Wissenschaftskritiker nie ein ergebener Hofberichterstatter sein. Er war es auch nie. Im Beitrag «Glaubhafte Ermutigung» schrieb er über die Aufgabe des Journalisten als Vertreter der Öffentlichkeit, dass dieser «sich schonungslos mit den Wirkungen und Folgen der angewandten Naturforschung auf Gesellschaft und Umwelt zu beschäftigen habe.» Ein Wissenschaftler müsse er dazu aber nicht sein. Schliesslich seien Kunst- und Theaterkritiker ja auch nur in den seltensten Fällen ausübende Künstler oder Dramatiker. Was

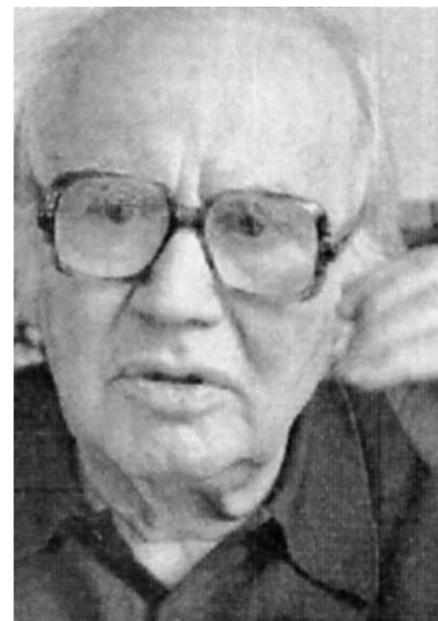
der Journalist vielmehr brauche, seien stattdessen «Universalität» und «Originalität».

Wenn Jungk einen kritischen Journalismus forderte, hatte er dabei «die lebens- und freiheitsgefährdenden Segnungen der unheiligen Vierfältigkeit» im Sinn: nämlich Atomenergie, Chemie, Gentechnik und Informatik. Für ihn waren es die Forschungsfelder, deren bahnbrechende Entwicklungen der Journalist verstehen muss, um zeigen zu können, «wie sie als unwiderstehliche Instrumente der Macht missbraucht werden» können.

Das Besondere an seiner journalistischen Tätigkeit war, dass er dies als einer der ersten politischen Journalisten tat. Bis zu diesem Zeitpunkt berichteten fast ausschliesslich Fachjournalisten, die vorwiegend an den technischen Abläufen und Entwicklungen interessiert waren, über diese Forschungszentren. Doch Jungk erkannte darin eine «Berufung». Als kritischer Beobachter wollte er den gefährlichen Entwicklungen nachgehen, deren Folgen für die Menschheit weit über die gegenwärtige Epoche hinausreichen. Für ihn war es eine Notwendigkeit, vor Gefahren zu warnen, die immer noch als Hoffnungen missverstanden werden.

### Die Zukunft im Jetzt entdecken

Robert Jungk war aber nicht nur Kritiker und Warner. Im Bemühen, den Menschen hoffnungsvollere



Zukunftsperspektiven zu unterbreiten, hat er selbst alternative Wege vorgeschlagen, einen menschlicheren und umweltfreundlicheren Umgang mit der Technik aufgezeigt und in Krisensituationen verschiedenster Art vor allem immer wieder eines gemacht: Mut zugesprochen und Haltung bewiesen.

Hier liegt auch der Anfang seiner so genannten «Zukunftsforschung». Er vertrat die Auffassung, dass man die Zukunft natürlich nicht vorhersagen, aber mögliche Krisensituationen erahnen kann. Es ging ihm bei der Zukunftsforschung weniger darum zu prophezeien, sondern er vertrat die Auffassung, dass die Krisen bereits in der Gegenwart angelegt wären. Es geht demnach darum, die «Vorbeben» - wie er gesagt hatte - rechtzeitig zu spüren. Die Zukunft ist im Jetzt zu entdecken, darum ging es auch immer in den späteren Zukunftswerkstätten. Ebenso war es das Ziel, die «Fäden», die zu einer besseren Entwicklung führen könnten, in der Gegenwart auszumachen.

### Politisches Engagement

Jungks politisches Engagement entzündete sich an der Frage der Verantwortung für künftige Generationen. Es begann mit der Ostermarsch-Bewegung 1958 gegen nukleare Aufrüstung, begleitete die Studentenproteste von 1968 und ging bis zum Einsatz für die Ökologie- und Antiatomkraftbewegung der frühen 80er Jahre. Sein Engagement, das 1992 zu einer Grünen-Kandidatur für das Amt des österreichischen Bundespräsidenten führte, wurde nicht zuletzt durch die Hoffnung auf eine ‚andere Zukunft‘ angetrieben, ein Motiv, das besonders das Projekt der Zukunftswerkstätten bestimmte. Zukunftswerkstätten, verstanden als Orte der Artikulation einer sozialen Phantasie und als Keimzelle demokratisierter Zukunftsplanungen, setzten sich zum Ziel, zumeist im lokalen Rahmen, alternative Formen des Zusammenlebens auf ihre Umsetzbarkeit hin zu denken und gedanklich zu erproben.

«Ein grosses Beben geht durch die ganze Welt. In immer neuen Stössen erschüttert es das Bestehende. Und wenn es auch vorübergehend zu verebben scheint, irgendwo und irgendwann hebt sich der Boden abermals. Die Angst, der Zorn und die Hoffnung der Bedrohten schaffen unaufhörlich Unruhe. Das ist ein andauerndes und weit umfassenderes Phänomen als die bisherigen Revolutionen. Ich nenne es Menschenbeben.» (Robert Jungk, Menschenbeben. Der Aufstand gegen das Unerträgliche, S. 14)

### Ein grosser Visionär des 20. Jahrhunderts

Robert Jungk beendet seine Autobiographie «Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft» mit folgenden Sätzen: «Wer lange lebt, hat oft genug erfahren, dass sich zwar nicht alles, aber doch vieles mit der Zeit zum Besseren wenden kann. Das eigene Ende ist unvermeidlich, aber von jedem kreativen, aktiven Menschen geht ein Anstoss aus, der auf unvorhersehbare Weise in die Zukunft weitergeleitet wird.» Diese Sätze lassen vielleicht erahnen, woraus der Ermutiger die Kraft für sein lebenslanges Engagement geschöpft hat.

Ein besonderes Anliegen von Jungk war es, die jedem Menschen innewohnende Phantasie zur notwendigen Veränderung des Bestehenden zu wecken. Er hatte den festen Glauben, dass Veränderungen von «unten» durchgesetzt werden sollten und spürte ihre Potentiale weltweit auf. Er betonte nicht nur die dringende Notwendigkeit zur Veränderung der Menschen und der Gesellschaft, sondern zeigte auch auf, dass in jedem Menschen genug Phantasie steckt, um Veränderungen zu realisieren. Um die dem Menschen innewohnende soziale Phantasie zu nutzen, müssen aber Bildungssysteme, politische Prioritäten und auch die Demokratie geändert bzw. ergänzt werden, schrieb er und zeigte zahlreiche Wege zur Realisierung dieses Gedankens auf. Menschen, die an der Gestaltung einer lebenswerten und zukunftsfähigen Weltgesellschaft mit sozialen Innovationen beitragen, nannte er *Jahrtausendmenschen*.

Gemeinsam mit seinem Freund, Norbert Müller, entwickelte er die Methode der Zukunftswerkstatt, eine mittlerweile auf allen gesellschaftlichen Ebenen erprobte und anerkannte Problemlösungsmethode, die dem einzelnen (betroffenen) Menschen die Möglichkeit bietet, sich in einem geeigneten Rahmen an der Zukunftsgestaltung seiner Umwelt zu beteiligen.

Viele Jahrzehnte lang war er unermüdlich durch Vorträge und Diskussionen auf unzähligen Veranstaltungen in der ganzen Welt aktiv. Immer wieder brachte er seine Kreativität und seinen Erfahrungsschatz ein. Sein Ziel war, Ansätze und Visionen für eine bessere Welt publizistisch aufzuarbeiten und möglichst vielen Menschen zur Nachahmung zu empfehlen. In diesem Sinne war er kein Theoretiker. Er engagierte sich ganz einfach weltweit dort, wo ihn die Alternativbewegungen, Atomkraftgegner, die Friedens- und Umweltbewegung, die Zukunftsforschung und andere soziale Bewegungen brauchten. Zweifellos war er einer der grossen Visionäre des 20. Jahrhunderts, der gerne utopische Ideen in Diskussionen einbrachte. Hilar Eggele

# AGENDA: Wohin frau/man geht...

## Binner Kulturabende

www.binnkultur.ch

Samstag, 19. Dezember, 17.00 Uhr  
**Lafnetscha:** Degustation von Weinen aus alten Walliser Rebsorten mit Andreas Weissen

Samstag, 19. Dezember, 21.00 Uhr  
**Sinnliches und Unsinniges:** Mit Franziskus Abgottspon (Lesung), Sabine Gertschen und Elmar Schmid (Musik)

Sonntag, 20. Dezember, 17.00 Uhr  
**Ungeratene Texte zu Weihnacht und Advent:** Lesung mit Franziskus Abgottspon

Sonntag, 20. Dezember, 21.00 Uhr  
**Apartig:** Neue alte Volksmusik

Montag, 21. Dezember, 17.00 Uhr  
**Klassik** mit dem Trio Tarlo

Montag, 21. Dezember, 21.00 Uhr  
**Regula Ritler (Jodel) und Tom Küffer (Gitarre)**

Dienstag, 22. Dezember, 17.00 Uhr  
**Bietschhorn und Greina:** Marco Volken mit Alpine Jam

Dienstag, 22. Dezember, 21.00 Uhr  
**Vielleicht sehe ich wie in einem Traum:** Mit Regula Imboden, Daniel Mangisch, Martin Gantenbein

Mittwoch, 23. Dezember, 17.00 Uhr  
**Vortrag Hotelgeschichten** mit Andreas Weissen

Mittwoch, 23. Dezember, 21.00 Uhr  
**Kabarett** mit Gusti Pollak

Donnerstag, 24. Dezember, 17.00 Uhr  
**Weihnachtskrimi:** Lesung mit Heinz Salzmann

Donnerstag, 24. Dezember, 21.00 Uhr  
**Blues, Jazz, Klezmer** mit den Jazz Serenaders

Freitag, 25. Dezember, 17.00 Uhr  
**Schatzkammer Binntal:** Ein ungewöhnlicher Gang durch ein aussergewöhnliches Museum

Freitag, 25. Dezember, 21.00 Uhr  
**Klangwelten** mit Martin Koller

Samstag, 26. Dezember, 17.00 Uhr  
**Lieder aus aller Welt:** Susi Eyer, Roland Derendinger, Marcel Jossen und Walter Sieber singen und spielen

Samstag, 26. Dezember, 21.00 Uhr  
**Sagen an der Waldweihnacht** des Jagdvereins Mässersee mit Andreas Weissen

Sonntag, 27. Dezember, 17.00 Uhr  
**Vernissage Bilder und Möbel:** Karl Heinz Maenz und Schreinerei Tenisch

Sonntag, 27. Dezember, 21.00 Uhr  
**Echo vom Zürihorn:** (Alphorn-Trio, auch experimentell) mit Priska Walls, Nick Guter-son, Robert Morgenthaler

Montag, 28. Dezember, 17.00 Uhr  
**Vortrag «Die Gambe»** mit Anna-Kaisa Meklin, Finnland/Basel, schola cantorum basiliensis

Montag, 28. Dezember, 21.00 Uhr  
**Lieder- und Klavierabend** mit Eleonora Wojnar (Sopran) und Carla Deplazes Heini (Klavier)

Dienstag, 29. Dezember, 15.00–18.00 Uhr  
**Spil'she mir a lidele in Jiddish:** Workshop Jiddische Lieder mit Ben-Jizchak Feinstein

Dienstag, 29. Dezember, 17.00 Uhr  
**Xeverinus:** Lesung mit Regula Imboden

Dienstag, 29. Dezember, 21.00 Uhr  
**Konzert** mit Herbert Höver (Violine), Tilman Zahn (Oboe), Anna-Kaisa Meklin (Gambe), Martin Heini (Orgel)

Mittwoch, 30. Dezember, 17.00 Uhr  
**Geld und Geist:** Lesung mit Theophil Spoerri

Mittwoch, 30. Dezember, 21.00 Uhr  
**Gamben-Rezital** mit Anna-Kaisa Meklin

Donnerstag, 31. Dezember, 17.00 Uhr  
**Familienwelten:** Vortrag von Carola Schneider

Donnerstag, 31. Dezember, 21.00 Uhr  
**Blues, Jazz, Klezmer** mit den Jazz Serenaders

Freitag, 1. Januar, 17.00 Uhr  
**UMS, N JIP:** zeitgenössische Musik aus China mit Javier Hagen (Gesang) und Ulrike Mayer Spahn (Blockflöte)

Freitag, 1. Januar, 21.00 Uhr  
**Neujahrskonzert** mit Marielle Oggier (Flöte), Eliane Locher-Walpen (Flöte) und Mathias Walpen (Violoncello)

Samstag, 2. Januar, 17.00 Uhr  
**Astro-Twingi:** Mit Astroviechern auf Safari

Samstag, 2. Januar, 21.00 Uhr  
**Musicalmelodien** mit Michaela Gurten, Klavierbegleitung David Abgottspon

## Simplonforum

Im Restaurant Simplon in Naters  
info@simplonforum.ch

Montag, 23. November, 18.00 Uhr  
**Pensionskassen und Finanzkrise, wie geht es weiter?**  
Referentin: Colette Nova

Montag, 14. Dezember, 18.00 Uhr  
**Kritische Ansätze in der Psychiatrie und der Psychotherapie**  
Referent: Willi Amherd

Mittwoch, 20. Januar, 18.00 Uhr  
**Nationale Politik der Armutsbekämpfung**  
Referent: Odilo Noti

## Oberwalliser Kellertheater

www.kellertheater.ch

Samstag, 21. November, 20.30 Uhr  
**Die Gebirgspoeten**  
Poetry Slam: Eine poetisch-musikalische Performance

Freitag, 27. November, 20.30 Uhr  
**Heinrich Heine – Wie Neu**  
Deutschland. Ein Wintermärchen vor mehr als 160 Jahren geschrieben.

Freitag, 4. Dezember, 20.30 Uhr  
**Callahan and Moore**  
Duett: Akustische Gitarre, zwei Stimmen und ein paar «Volksinstrumente

Freitag + Samstag, 15. + 16. Januar, 20.30 Uhr  
**Dance Performance VS**  
Gabriel Zurbriggen: Du bist mein All-Tag. There is something between life and death.

Samstag, 23. Januar, 20.30 Uhr  
**Michel Gammenthaler**  
Zeitraffer: Es ist endlich Zeit für Antworten!

## Zeughaus Kultur

www.zeughauskultur.ch

Samstag, 5. Dezember  
**El Azra**

Montag, 7. Dezember  
**Filmabend Schweiz – Heimatklänge und Konzerte**

Freitag bis Sonntag 18.–20. Dezember  
**Ums'n Jip – Elektropop Oper**

Samstag, 26. Dezember  
**Konzert Envy**

## WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

56

### Krankheit / Gesundheit

Krise und Reform des Gesundheitssystems; Invalidenversicherung, Kranksein in der Illegalität; Zweiklassen-Medizin; Genetifizierung der Medizin; Depression, Arbeitssuizid und Widerstand; Care-Arbeit und Geschlechterregime; Arbeitsmarktintegration; Leistung, Markt, Moral

C. Goll, P.-Y. Maillard, T. Gerlinger, A. Schwank, D. Winzki, T. Lemke, A. Rau, K. Becker, T. Engel, U. Brinkmann, S. Schilliger, K. Wyss, I. Sedlak, H. Lindenmeyer, H. Schatz

### Arbeitspolitik und Krise

M. Massarat: Vollbeschäftigungskapitalismus  
F. Segbers: Weniger Erwerbsarbeit ist mehr  
K. Pickshaus / H.-J. Urban: Gute Arbeit  
A. Rieger / H. Baumann: Gesamtarbeitsverträge  
A. Frick: Sichert Kurzarbeit Arbeitsplätze?

240 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)  
zu beziehen im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich  
Tel./Fax 044 273 03 02  
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

# Die Rote Anneliese braucht neue AbonnentInnen

- Die RA ist die einzige kritische Zeitung der Nach-68er-Jahre, welche in der Schweiz überlebt hat.
- Die RA erscheint ohne Inserate und ohne Werbung. Deshalb ist sie in hohem Grade unabhängig.
- Über 90 Prozent der jährlichen Einnahmen der RA stammen aus dem Abo- und Kioskverkauf.
- Helfen Sie mit, dass die RA auch in Zukunft ihre Aufgabe als kritische Oberwalliser Zeitung übernehmen kann.
- Überzeugen Sie Freunde, Bekannte und Verwandte, damit auch sie RA-AbonnentInnen werden. Danke.

## Die kritische Oberwalliser Zeitung. Ein Abonnement der Roten Anneliese

- Ich bestelle ein RA-Abo für Fr. 50.–
- Ich verschenke ein RA-Abo für Fr. 50.– (Rechnung an mich)
- Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von Fr. 25.–

Name/Vorname \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Geschenk-Abo an:  
Name/Vorname \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_



Talon bitte Ausschneiden und senden an:  
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig oder per E-Mail: rote.anneliese@rhone.ch

RA im Internet: [www.roteanneliese.ch](http://www.roteanneliese.ch)

## ZI-TÄTER:

«Als der christlichen Sozialethik verpflichtet, wäre eine Zustimmung richtig.»  
**Syna zum Verbot von Kriegsmaterialexporten**

**Rote Anneliese:** Das macht doch nichts! Ein bisschen Reue und Busse und die Sache ist wieder im Lot.

«Aber jedes meiner Projekte ist legal und von höchster Instanz bewilligt – vereinzelt vielleicht etwas zu spät.»

**Herbert Volken, Gommer Präfekt und Alt-Landeshauptmann**

**Rote Anneliese:** Im Notfall gibt es immer noch die allerhöchste Instanz.

«Das hängt vom Spielermaterial ab, das man zur Verfügung hat.»

**Franz Beckenbauer, ehem. Fussballer**

**Rote Anneliese:** Defektes Material muss sofort repariert oder wenn nötig ausgewechselt werden.

«Man kann immer von Geld reden, wir reden von der Demografie.»

**Katja Gentinetta, Avenir Suisse**

**Rote Anneliese:** Reden wir kurz vom Avenir-Geld, das von der Chemie, der Industrie und den Banken stammt.

«So ist auch die CVP Stalden der Meinung, dass eine gesunde Portion Konkurrenz unter den Parteien neuzitativ, legitim und notwendig ist.»  
**CVP Stalden**

**Rote Anneliese:** Es geht nichts über eine neuzitative Bildung.

«Schmollen bringt nichts.»  
**Staatsrat Jean-Michel Cina**

**Rote Anneliese:** Er muss es wissen, denn seit die RA im Jahre 2002 über seine Cayman-Abenteuer berichtete, schmollt er.

«Grund für den steigenden Bedarf auf den europäischen Märkten ist vor allem der Ausbau neuer erneuerbarer Energien wie Wind- oder Sonnenenergie.»  
**Stromkonzern Alpiq**

**Rote Anneliese:** Wegen dieser massiv steigenden Wind- und Sonnenenergieproduktion hat Alpiq beschlossen, auf den Bau von neuen Atomkraftwerken zu verzichten.

Kanton zahlt Kostenverschuss zurück

# Mit Zahlungsfrist von 10 Jahren!

**SITTEN/GRAFSCHAFT – Zehn Jahre Zeit hat der Kanton Wallis gebraucht, um einem Walliser Bürger einen Kostenvorschuss von 800 Franken zurückzuerstatten. Auf Antrag und ohne Verzugszinsen!**

**(ktm)** Im Sommer 1999 hat ein Bürger eine Beschwerde gegen die Zonenplanrevision und Nutzungsplanung von Ritzingen (heute Grafschaft) eingereicht, insbesondere gegen die Einzonung des Ortes «Ritzibrigge» als Zone für gewerbliche und landwirtschaftliche Bauten. Treue RA-LeserInnen erinnern sich, dass der damalige Gemeindepräsident Elmar Diezig mit diesem Trick sein illegales Baudepot retten wollte. Vergeblich, wie die Geschichte lehrt.

## Plötzlich diese ungewöhnliche Eile

Im November 1999 bekam der Bürger Post von der zuständigen Dienststelle für innere Angelegenheiten, welche ihn dazu aufforderte, innert 30 Tagen einen Kostenvorschuss

von 800 Franken zu leisten, mit der Warnung: Falls das Geld einen Tag zu spät eintrifft, wird auf die Beschwerde nicht mehr eingetreten. Massgebend ist der Poststempel! Die Beschwerde hatte Erfolg. Die kantonale Dienststelle für Raumplanung war gleicher Meinung wie der Bürger und lehnte die Homologierung der Zone für gewerbliche und landwirtschaftliche Bauten ab. Der Entscheid wurde dem Bürger durch die Dienststelle für innere Angelegenheiten im Mai 2000 schriftlich mitgeteilt. Dann hörte er nichts mehr aus Sitten bis er im Sommer 2009 die Rückzahlung des Kostenvorschusses verlangte. Mit ungewöhnlicher Eile forderte die erappte Dienststelle für innere Angelegenheiten die kantonale Finanzverwaltung



**Stein des Anstosses:** Illegales Baudepot des damaligen Gemeindepräsidenten Elmar Diezig

nun auf, dem Bürger seinen Obulus zurückzuzahlen, was noch im Sommer geschah.

## Gemäss ständiger Praxis keine Verzugszinsen

Bekanntlich werfen 800 Franken in zehn Jahren Zins ab,

welcher nun in der Kantonschatulle schlummert. Dies wollte dem Bürger gar nicht gefallen, denn offensichtlich lag der Fehler für die jahrelange Verzögerung nicht bei ihm. Deshalb stellte er dem Kanton am 1. September 2009 einen Verzugszins von 5% im

Betrage von 409.35 Franken in Rechnung. Nach über zwei Monaten Funkstille traf bei ihm schliesslich ein Schreiben der Dienststelle für innere Angelegenheiten ein: Gemäss ständiger Praxis werden in solchen Fällen «keine Verzugszinsen geleistet».

## DER HEITERE SCHLUSSPUNKT:



Äs Fäärli vum Franzjosi üfäm Camping Eggischhorä

**ROTE  
ANNELIESE**

AZB 3900 Brig • NR. 210 / November 2009

Bitte Adressänderungen melden bei:  
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis